



Antrag: Förderperiode ab 2025 20.11.2024

Antragsnummer: 25562856 Projektnummer: 562856 Partnerschaft für Demokratie PfD Stadt Beeskow Status: ABGESCHLOSSEN

Eingereicht am: 2024-11-20T21:07:06.000000Z

Angaben zum Projekt

Allgemeines Programmbereich Sie haben im folgenden Programmbereich Ihr Interesse Partnerschaft für Demokratie bekundet: Projekttitel und -nummer PfD Stadt Beeskow Projekttitel und -nummer 562856 Gesamtprojektlaufzeit Bitte geben Sie die Gesamtprojektlaufzeit für das Projekt an. 01.01.2025 31.12.2032 Bewilligungszeitraum Bitte geben Sie den Bewilligungszeitraum für das Projekt an. 01.01.2025 31.12.2025

Kontaktdaten		-
Stammdaten		
Trägerstammdaten	Stadt Beeskow Breite Straße 30 15848 Beeskow Brandenburg	

Federführendes Amt

Ist die beantragende Stelle auch die projektausführende Stelle?

Ja

Bitte wählen Sie die Ansprechperson für das Projekt aus.

Hanno Pape

Sollte das Nutzerprofil der Kontaktperson nicht vorhanden sein, können Sie es in der Nutzerverwaltung in Ihren Stammdaten hinzufügen und die Person zum Portal einladen.

Wird für die Bearbeitung der Verwaltungsaufgaben eine halbe vollzeitäquivalente Stelle in der Kommunalverwaltung mit der erforderlichen Qualifikation inklusive Sachmittel eingebracht? Ja

Bankverbindung

Bitte geben Sie Ihre Bankverbindung an.

Stadt Beeskow Sparkasse Oder-Spree DE85 1705 5050 2108 8011 73 WELADED1LOS

Koordinierungs- und Fachstelle

Ist die Koordinierungs- und Fachstelle bereits bekannt?

Projektinformationen

-

Fördergebiet

Bitte geben Sie an, für welches Fördergebiet Sie Ihre Zuwendung beantragen.

Partnerschaft für Demokratie Beeskow, Friedland, Rietz-Neuendorf, Tauche

Ausgangslage

Bitte erläutern Sie die regionalen/ lokalen Herausforderungen bezüglich demokratiefeindlicher Phänomene in Ihrer Kommune und stellen Sie die Gesamtproblemlage in Ihrer Kommune dar. Die Herausforderungen bezüglich demokratiefeindlicher Phänomene in unseren Kommunen sind vielfältig: 1. Zunehmende Radikalisierung im politischen Diskurs: Die gesellschaftlichen Entwicklungen und Nachwirkungen der Corona-Pandemie haben eine zunehmende Radikalisierung im politischen Diskurs gefördert. Diese Entwicklung betrifft alle Alters- und Sozialgruppen und spiegelt sich sowohl im Umgang der Bürgerinnen und Bürger untereinander als auch im Umgang mit öffentlichen Institutionen wider. Handlungsansätze sind hier zum einen Aufklärungsarbeit und Dialogförderung, sowie Bildung und Konfliktlösungsstrategien mit dem Schwerpunkt der Vermittlung demokratischer Werte und des respektvollen Umgang miteinander. 2. Wahlergebnisse und politische Einstellungen: Die Ergebnisse der Wahlen am 09. Juni zeigen eine wachsende Akzeptanz extremistischer Positionen und eine Ablehnung traditioneller demokratischer Werte. Handlungsansätze sind hier Informationskampagnen und Workshops zur Bedeutung demokratischer Werte und den Gefahren von Extremismus. 3. Vertrauensverlust und fehlende Identität: Viele Bürger:innen sind haben das Vertrauen in demokratische Institutionen und Prozesse verloren, sie fühlen sich nicht ausreichend repräsentiert und wünschen sich mehr Möglichkeiten zur politischen Mitgestaltung. Es fehlt zunehmend an der Identifizierung mit und der Wertschätzung für das eigene Lebensumfeld. Handlungsansätze sind hier Verbesserung der Transparenz politischer Prozesse und vertiefende Kommunikation über Entscheidungen und deren Hintergründe, sowie mehr Bürgerbeteiligung durch die Schaffung von Plattformen und Gelegenheiten für BürgerInnen, sich aktiv an der Gestaltung ihres Lebensumfelds zu beteiligen und ihre Anliegen einzubringen. 4. Demokratisches Engagement und öffentliche Wahrnehmung: In unseren Kommunen ist das Phänomen, Politik sowohl auf kommunaler als auch auf bundesweiter Ebene zu beschimpfen, zu diffamieren und infrage zu stellen, stark ausgeprägt. Demokratische Prozesse und das politische Ehrenamt werden nicht ausreichend anerkannt und wertgeschätzt. Anfeindungen in den sozialen Netzwerken hinsichtlich lokalen politischen Engagements nehmen zu. Handlungsansätze sind hier mehr Wertschätzung und Anerkennung des politischen Ehrenamts und des Engagements in der Zivilgesellschaft, sowie die Bereitstellung von Unterstützung und Schutz für politisch engagierte Personen, gegen Anfeindungen in sozialen Netzwerken und in der Realität durch mehr Zivilcourage; Gewalt darf nicht toleriert werden. Gesamtproblemlage: Unsere Kommunen stehen vor der Herausforderung, einer zunehmenden Verrohung im politischen Diskurs entgegenzuwirken, das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Prozesse wiederherzustellen und demokratiefeindlichen Tendenzen entgegenzutreten. Dies erfordert verstärkte Aufklärungsarbeit, die Förderung von Dialog und Beteiligung sowie die Stärkung und Wertschätzung des politischen Engagements. Nur durch gemeinsame Anstrengungen können wir eine stabile, demokratische Gesellschaft fördern. Die Situations- und Ressourcenanalyse (SuR) spielt hier eine zentrale Rolle bei der Identifizierung und Bewertung des lokalen Handlungsbedarfs. Durch die SuR können spezifische Herausforderungen und Ressourcen in den Kommunen systematisch erfasst und analysiert werden. Dies ermöglicht eine fundierte Entscheidungsgrundlage für die Entwicklung und Umsetzung gezielter Maßnahmen. Die SuR hilft, den lokalen Handlungsbedarf besser zu erkennen, sie liefert aktuelle und relevante Daten über die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in den vier Partnerkommunen. Diese Daten helfen dabei, die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen der lokalen Bevölkerung besser zu verstehen. Die SuR identifiziert und analysiert Problembereichen wie Radikalisierung, Vertrauensverlust und mangelndes Engagement. Dies ermöglicht eine gezieltere Ansprache und Intervention. Sie bewertet die vorhandenen Ressourcen und Potenziale in den Kommunen, wie z.B. bestehende Netzwerke, Institutionen und Initiativen. Dies hilft dabei, Synergien zu nutzen und bestehende Strukturen zu stärken. Basierend auf den Ergebnissen der SuR können maßgeschneiderte Maßnahmen entwickelt und priorisiert werden, die den spezifischen Bedürfnissen und Herausforderungen der Kommunen gerecht werden.

Projektziele -

Hauptzielgruppe

Bitte geben Sie die Hauptzielgruppen Ihres Projektes an.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene Deren Bezugspersonen (Erwachsene) Zivilgesellschaftliche und staatliche Akteurinnen und Akteure Breite Öffentlichkeit Kommunalpolitik

Mittler- und Handlungsziele

Bitte wählen Sie nachfolgend mindestens 3 Mittlerziele und entsprechende Handlungsziele aus, die Sie im beantragten Bewilligungszeitraum erreichen wollen.

- 2.1 Alle demokratischen lokalen Akteurinnen und Akteure sind über das Bündnis informiert
- 3.1 Akteurinnen und Akteure verfügen über aktuelles, lokales Situationswissen 5.1 Akteurinnen und Akteure sind über Konflikte und konstruktive Konfliktlösungsstrategien informiert
- 2. Die Partnerschaften setzen sich ausdrücklich zum Ziel, in der Breite Unterstützerinnen und Unterstützer sowie Bündnispartnerinnen und Bündnispartner zu gewinnen und ihren Resonanzraum auf diese Weise stetig zu erweitern und zu stabilisieren mit dem Ziel, eine breite lokale Verantwortungsgemeinschaft zu schaffen. Dazu gehört auch, dass sie aktiv die Zusammenarbeit mit relevanten Institutionen und Organisationen von weiteren im Fördergebiet aktiven Programmen mit ähnlicher Zielrichtung suchen. Die Partnerschaften sind zudem aktive Partnerinnen im Verbund mit für sie relevanten und verfügbaren landes- und bundesweiten Akteurinnen und Akteuren der Demokratieförderung.

Handlungsziel 2.1 Alle demokratischen lokalen Akteurinnen und Akteure sind über das Bündnis informiert

Wir möchten sicherstellen, dass alle demokratischen lokalen Akteurinnen und Akteure in unserer Region über das Bündnis und dessen Ziele informiert werden. Erfolgreich informiert sind die Akteurinnen und Akteure, wenn mindestens 90% der relevanten demokratischen Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen eine Informations-E-Mail erhalten haben und mindestens 70% davon eine Rückmeldung geben. Das Erreichen dieses Ziels wird es dem Bündnis ermöglichen, eine größere Reichweite zu haben und mehr Unterstützung zu erhalten. Wir nutzen bereits bestehende Netzwerke, Mailinglisten und öffentliche Kanäle, um die Akteurinnen und Akteure zu erreichen. Das Ziel soll innerhalb der nächsten 6 Monate erreicht werden. Maßnahme: In den ersten 6 Monaten wird eine Informationskampagne durchgeführt, die E-Mails, Flyer und persönliche Treffen umfasst. Nach 3 Monaten erfolgt eine Evaluierung der bisherigen Rückmeldungen.

3. Die Akteurinnen und Akteure der Partnerschaft für Demokratie (Leitung der Verwaltung, Federführendes Amt, Koordinierungs- und Fachstelle, Jugendforum, Mitglieder des Bündnisses) sind handlungssicher im Umgang mit lokalen Herausforderungen wie zum Beispiel im Umgang mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteurinnen und Akteuren sowie deren Aktivitäten. Handlungsziel 3.1 Akteurinnen und Akteure verfügen über aktuelles, lokales Situationswissen

Maßnahme: Erstellung eines monatlichen Berichts, der aktuelle lokale Daten und Analysen zusammenfasst. Diese Berichte werden per E-Mail und in regelmäßigen Treffen verteilt. Um die Gesamtsituation umfassend bewerten zu können, wird die KuF gemeinsam mit externer Experten, wie demos eine SuR erarbeiten, die im Laufe des 1. Halbjahres entstehen soll und künftig die Grundlage des aktuellen, lokalen Situationswissens sein wird. Durch aktuelles Wissen können die Akteurinnen und Akteure fundierte Entscheidungen treffen und proaktiv auf lokale Entwicklungen reagieren. Durch die Zusammenarbeit mit lokalen Behörden, Organisationen und Medien ist es realistisch, regelmäßig aktuelle und relevante Informationen zu erhalten und weiterzugeben. Das Ziel soll innerhalb der ersten 3 Monate implementiert werden und anschließend kontinuierlich laufen. Die Ergebnisse der SuR werden nach Erstellung veröffentlicht und in die Arbeit einfließen.

5. Die Partnerschaften unterstützen Voraussetzungen zur demokratischen Konfliktbearbeitung vor Ort. Dies bedeutet einen Ausbau der Kompetenzen zur Konfliktbearbeitung (zum Beispiel über Weiterbildung und Vernetzung). Sie fördern strukturelle Rahmenbedingungen zur Realisierung einer nachhaltigen, demokratischen Dialog- und Konfliktkultur.

Handlungsziel 5.1 Akteurinnen und Akteure sind über Konflikte und konstruktive Konfliktlösungsstrategien informiert

Ziel ist es, dass alle AkteurInnen fundierte Kenntnisse über Konflikte und bewährte konstruktive Konfliktlösungsstrategien haben, um in ihrer Arbeit effizienter zu agieren. Erfolgreich informiert sind die AkteurInnen, wenn alle Zugang zu Informationsmaterialien haben und mindestens 80% an einer Schulung zu diesem Thema teilnehmen. Eine umfassende Information über Konfliktlösungsstrategien ermöglicht es den AkteurInnen, besser auf Konflikte zu reagieren und das Arbeitsklima zu verbessern. Die Durchführung von Schulungen und die Bereitstellung von Materialien sind durch den Einsatz von ExpertInnen machbar. Das Ziel soll innerhalb der ersten 12 Monate erreicht werden. Maßnahme: Es werden von April bis Oktober mehrere Schulungseinheiten durchgeführt, die den Akteurinnen und Akteuren Wissen über Konflikte und deren konstruktive Lösung vermitteln. Es werden sowohl Online-Ressourcen als auch Präsenzveranstaltungen angeboten. Die Teilnahmequote wird jeweils gemessen.

Zeit und Maßnahmenplan

Bitte erstellen Sie anhand Ihrer angegebenen Maßnahmen einen Zeit- und Maßnahmenplan.

Die Institutionen der PfD sollen im ersten Jahr geschaffen werden und ihre Arbeit aufnehmen. Im dritten Quartal soll die Demokratiekonferenz stattfinden. Die Umsetzung der Maßnahmen liegt jeweils in der Verantwortung der KuF. Sie wird unterstützt von Bündnis, Ämternetzwerk und FF Amt. 1. Quartal 2025: Analyse Förderrichtlinien, Proaktive Vorstellung bei potentiellen Netzwerkpartnern und Vernetzung mit anderen PfDs. Formierung des Bündnisses, Schaffung der Institutionen und Etablierung der PfD, Vorstellung in den Gemeindevertretungen, Planung von Informationskampagnen und Workshops. Start dieser im März. Etablierung der Kanäle der Öffentlichkeitsarbeit und Artikel in der örtlichen Tageszeitung MOZ. Monitoring und Analyse lokaler Entwicklungen. Erarbeitung eines Konzeptes für die Schulungen zu Konfliktlösungsstrategien. Suche nach externen Experten und Partnern für die Erstellung und Beginn der Erstellung der SuR. Planung und Vorbereitung von Schulprojekten und Jugendbeteiligung über das Jugendforum. 2. Quartal 2025 Durchführung von Informationskampagnen, Workshops, und Schulungen zu Konfliktlösungsstrategien. Weitere Vernetzung und Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen, Start Online-Plattform zur Diskussion und Beteiligung unter Nutzung bestehender Software, Teilnahme an Konferenzen und Veranstaltungen, Planung und Vorbereitung der Demokratiekonferenz. Monitoring und Analyse lokaler Entwicklungen, Erstellung erster Quartalsbericht. Unterstützung von Projekten aus der Zivilgesellschaft. Planung und Vorbereitung sowie Durchführung der Jugendbeteiligung über das Jugendforum. Abschluss der Erstellung der SuR mit externen Experten. Vorbereitung und Durchführung von Sitzungen von Bündnis und Ämternetzwerk. 3. Quartal 2025 Durchführung und Auswertung der Demokratiekonferenz, weitere Vernetzung und Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen. Durchführung der Jugendbeteiligung über das Jugendforum. Erstellung Bericht für das 2. Quartal zu lokalen Entwicklungen. Unterstützung von Projekten aus der Zivilgesellschaft. Durchführung von Schulungen zu Konfliktlösungsstrategien. Vorstellung und Besprechung der Ergebnisse der SuR im Bündnis und im Jugendforum. Auswertung der Informationskampagne und der Workshops. Vorbereitung und Durchführung von Sitzungen von Bündnis und Ämternetzwerk. 4. Quartal 2025 Vernetzung und Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen. Planung der Maßnahmen für 2026 im Rahmen von Sitzungen des Bündnisses, des Jugendforums und des Ämternetzwerkes. Antragstellung für 2026. Erstellung Bericht für das 3. Quartal, Vorbereitung Jahresbericht zu lokalen Entwicklungen unter Nutzung der SuR. Tätigkeitsbericht an die Gemeindevertretungen. Unterstützung von Projekten aus der Zivilgesellschaft. Unterstützung der Arbeit des Jugendforums.

Projektumsetzung

Bündnis

Bitte beschreiben Sie, wie Ihr Bündnis umgesetzt werden soll.

Das Bündnis wird durch KuF geschmiedet, die sich und die Partnerschaft für Demokratie noch im Januar bei allen Bündnispartnern vorstellen wird. Dies umfasst sämtliche relevante Partner auf dem Gebiet der 4 Kommunen, die an einer aktiven Zusammenarbeit im Rahmen des PfD interessiert sind. Es soll ein möglichst breites und inklusives Bündnis sein, dass sich regelmäßig trifft und abstimmt. Stimmberechtigte Mitglieder werden die 4 Bürgermeister der Förderkommunen bzw. entsprechend benannte Vertreter sein, wie stellvertretende Bürgermeister oder Vorsitzende der Gemeindevertretung, 2 Vertreter des Bereichs Jugendkoordination/-arbeit, 2 Jugendliche des Jugendforums, dazu ein Vertreter der LAG Oderland (LEADER-Programm) und noch weitere Vertreter der Zivilgesellschaft, die stets die Mehrheit im Bündnis bilden müssen. Möglich wären Vertreter des Landesdemokratiezentrums, der Koordinierungsstelle "Tolerantes Brandenburg", der Mobilen Beratung der demos, sowie von lokal ansässigen gemeinnützigen Vereinen wie DRK oder Johanniter. Die genaue Zusammensetzung des Bündnisses ist vor Umsetzung noch mit den beteiligten Kommunen abzustimmen und ggf. durch die Gemeindevertretung zu bewilligen. Ein erstes Treffen soll im Februar stattfinden, bei dem die Bündnispartner durch die KuF eingeladen werden. Weitere Treffen soll es mindestens alle 2 Monate geben. Beim ersten Treffen soll die Geschäftsordnung des Bündnisses und seine Aufgaben festgelegt werden, dazu zählen in jedem Fall die Entscheidung über Projekte und Einzelmaßnahmen, die zur Umsetzung der Ziele der PfD durchgeführt werden und die Begleitung und Unterstützung der Zusammenarbeit innerhalb der PfD. Hier soll auch die Durchführung der SuR durch die KuF und externe Experten besprochen und auf den Weg gebracht werden, die eine wichtige Stütze der Arbeit der PfD bilden wird.

Ämternetzwerk

Bitte beschreiben Sie, wie das zu etablierende Ämternetzwerk umgesetzt und in das Bündnis der Partnerschaft integriert werden soll

Amtsintern wird bei der Stadt Beeskow eine halbe Stelle zur Bearbeitung der Verwaltungsaufgaben der PfD geschaffen. In jedem Amt soll ein Koordinator für PfD benannt werden, der an Besprechungen des Bündnisses teilnimmt und als Ansprechpartner fungiert, z.B. der jeweilige Jugendkoordinator. Weiterhin werden die Bereiche Jugendkoordination, Bildung und Soziales, Gleichstellungsbeauftragte, Fördermittelmanagement, Marketing/ÖA, Veranstaltungsmanagement/Tourismus sowie Ordnungsamt, Polizei und Feuerwehr beteiligt sein. Diese sind relevant für die Arbeit der PfD, um die 4 Kommunen gleichberechtigt und gleichmäßig mit ihren unterschiedlichen Anforderungen und Besonderheiten zu berücksichtigen und um ihre jeweiligen Perspektiven, Netzwerke, und relevante Informationen für die PfD nutzbar zu machen. Gemeinsam mit der KuF planen die für die Verwaltung zuständige Person und die 4 kommunalen Koordinatoren für die PfD quartalsweise Sitzungen des Ämternetzwerkes und führen sie durch. In diesen Sitzungen soll die KuF über ihre Arbeit berichten, Probleme ansprechen und Informationen über aktuelle Entwicklungen einholen, die wichtig für die Schwerpunktsetzung der Arbeit der PfD sind. Das Ämternetzwerk soll dem Bündnis hauptsächlich beratend und unterstützend zur Seite stehen, es kann Vorschläge machen aber keine verbindlichen Festlegungen treffen.

Welche Akteurinnen und Akteure beabsichtigten Sie in das Bündnis der Partnerschaft für Demokratie einzubinden, damit in Ihrer Kommune eine breite, demokratische Verantwortungsgemeinschaft entsteht?

Bildungseinrichtungen
Beratungsstellen
Ehrenamtsagenturen
Schulen/Hort
Freiwillige Feuerwehr
Seniorenorganisationen/Seniorenbüros
Kirchen und Religionsgemeinschaften
Jugendverbände
Kindergärten/Kita
Arbeitswelt (z.B. Berufsschule, Betriebe, Verwaltung)
MigrantInnenorganisationen
Wohlfahrtsverbände
Weitere Akteurinnen und Akteure
Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe Mobile Beratung

Opferberatung
Polizei

LSBTIQ-Organisationen Integrationsbeauftragte Jugend- und Sozialämter

Bumerang e.V., Landesdemokratiezentrum, Koordinierungsstelle "Tolerantes Brandenburg"

Jugendforum

Bitte beschreiben Sie, wie das Jugendforum vor Ort umgesetzt werden soll.

Das Jugendforum muss zunächst etabliert werden. Dabei wird die KuF in Zusammenarbeit mit den Jugendkoordinatoren, den Schulen, den Jugendfeuerwehren und Jugendlichen Kick-Off Veranstaltungen an den Schulen durchführen, um über die Arbeit der PfD und des geplanten Jugendforums zu informieren. Das Jugendforums soll schnellstmöglich, spätestens zum Beginn des Schuljahr 2025/26 seine Arbeit aufnehmen. Angepasst an die lokalen Gegebenheiten und Bedarfe. SchülerInnen der Jahrgangsstufen 7 bis 13 aus den 3 ländlichen Partnerkommunen Friedland, Rietz-Neuendorf und Tauche besuchen die weiterführenden Schulen in Beeskow, wodurch das gesamte Gebiet der PfD zentral in Beeskow durch das Jugendforum abgedeckt werden kann. Weitere Mitglieder sollen ausdrücklich auch Jugendliche sein, die sich in der Berufsausbildung befinden. Das Altersband des Jugendforums liegt bei 12 bis 27 Jahren. Die Arbeit ist freiwillig und ehrenamtlich und setzt das Eintreten für demokratische Werte und eine positive Einstellung zu Vielfalt und Toleranz voraus. Die KuF und die Jugendkoordinatoren werden beratende Mitglieder ohne Stimmrecht im Jugendforum sein. Das Jugendforum soll als allgemeine Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen im Bereich der PfD fungieren und wird über zwei stimmberechtigte Mitglieder in das Bündnis eingebunden. Mit dem Jugendfonds in Höhe von 5000€ werden dem Jugendforum Gelder zur Verfügung gestellt, die über Mikroprojekte bis maximal 500€ pro Projekt zur Erreichung der Ziele der PfD beitragen sollen. Über die Förderung von Projekten wird von den stimmberechtigten Mitgliedern des Jugendforums in öffentlichen Sitzungen entschieden. In der ersten Sitzung soll die Geschäftsordnung festgelegt und beschlossen werden. Die KuF bereitet diese vor und unterstützt Jugendliche bei der Antragstellung. Die Sitzungen finden bedarfsabhängig statt und können von Mitgliedern des Jugendforums, der KuF oder dem Bündnis angesetzt werden. Bündnismitglieder können als nicht stimmberechtigte Mitglieder an Sitzungen des Jugendforums teilnehmen. Die Vernetzung und der Erfahrungsaustausch mit den Jugendforen anderer PfDs wird angestrebt.

Vernetzung

Bitte beschreiben Sie geplante Maßnahmen zur Vernetzung auf lokaler Ebene. Gehen Sie dabei bitte sowohl auf die zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure als auch auf die innere Struktur Ihrer PfD sowie auf die Demokratiekonferenz ein.

Netzwerkarbeit ist ein essentieller Bestandteil der Arbeit der PfD und wesentlicher Schlüssel zum Erfolg der PfD. Nach Aufnahme der Tätigkeit soll durch die KuF im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen verstärkt Vernetzung betrieben werden. Die bestehenden zivilgesellschaftlichen Netzwerke bilden hier einen guten Anknüpfungspunkt und werden die KuF unterstützen. Die KuF wird sich und die PfD im Rahmen der öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretungen vorstellen und vernetzen. Sie wird an relevanten Veranstaltungen und Tagungen teilnehmen. Weiterhin wird sie sich mit den bestehenden PfDs im Landkreis und darüber hinaus (Storkow/Fürstenwalde/Frankfurt(Oder)) und den entstehenden PfDs (Eisenhüttenstadt/Schöneiche-Woltersdorf) vernetzen und von den Erfahrungen profitieren. Der Umstand, dass engagierte Menschen (und damit auch die Mitglieder des Bündnisses) im ländlichen Raum oft mehrere Funktionen und Ehrenämter wahrnehmen und damit über verschiedene Netzwerke verfügen, erleichtert dieses Vorhaben. Auch die erste Demokratiekonferenz wird zur Vernetzung beitragen. Sie wird voraussichtlich im 3. Quartal nach Ende der Sommerferien stattfinden und durch KuF und FF Amt in Zusammenarbeit mit Bündnis, Jugendforum und Ämternetzwerk organisiert und durchgeführt werden. Dabei werden auch die Ergebnisse der SuR eine große Rolle spielen.

Qualitätssicherung

Bitte beschreiben Sie Ihre geplanten Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Selbstevaluation in Hinblick auf Durchführung und Zielsetzungen Ihrer Partnerschaft für Demokratie. Unter Beteiligung des Bündnisses und des Ämternetzwerkes sollen gemeinsam Ziele für die PfD festgelegt, der Grad der Zielerreichung besprochen und durchgeführte und geplante Vorhaben beurteilt werden. Durch die Teilnahme von AkteurInnen der PfD an Projekten entstehen so vielfältigere und realistischere Einschätzungen und eine präzisere Evaluation, um Erfolge festzustellen, aber auch Fehler und Verbesserungsmöglichkeiten zu erkennen und umzusetzen. Auch die Sachberichte der Verwendungsnachweise von Einzelprojekten sind Teil der Evaluation. Künftige Verbesserungen und aufgetretene Fehler sollen darin abgefragt werden. Auch die Ergebnisse der SuR werden hier einfließen und berücksichtigt werden. Die Demokratiekonferenz ist für die PfD die Gelegenheit, Ansichten und Einstellungen einer größeren Öffentlichkeit kennenzulernen und eine "Blasenbildung" zu verhindern. Hier werden durch die Zivilgesellschaft Ideen und Anregungen für die weitere Arbeit der PfD gegeben, aber auch erzielte Erfolge und Fortschritte gewürdigt. Ein jährlich vorzulegender Sachbericht der KuF soll als Grundlage für die kontinuierliche Verbesserung der PfD dienen. Die kontinuierlich stattfindende Qualitätssicherung wird die Arbeit der PfD stetig verbessern, erfolglose Maßnahmen benennen, die Gründe erforschen und Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen, aber auch erfolgreiche Maßnahmen und die Gründe für den Erfolg beleuchten, um diesen zu wiederholen.

Öffentlichkeitsarbeit

Bitte beschreiben Sie geplante Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit für Ihre Partnerschaft für Demokratie im beantragten Bewilligungszeitraum. Die ÖA der PfD soll regelmäßige Pressemitteilungen zu Projekten, aktuellen Aktionen und Vorhaben umfassen. Dazu können symbolische Übergaben von Förderschecks für Projekte und gesammelte Spenden, eine verlinkte Internetpräsenz bei verschiedenen Partnern, regelmäßige Informationsveranstaltungen (auf Events, in Gremien, bei Partnern und in der Politik) sowie Präsenz bei öffentlichen Anlässen. Berichte in den Medien und Social Media sollen die Bevölkerung über die Arbeit der PfD informieren. Der künftigen KuF obliegt die genaue Ausgestaltung der ÖA und sie kann auch deutlich umfangreicher werden, solange das Budget es zulässt.

Welche Kommunikationsmaßnahmen kommen dabei in Bezug auf welche Zielgruppe zum Einsatz?

Medien (Presse, Rundfunk, TV)

Soziale Medien: Welche werden genutzt bzw. sind bereits angelegt?

Whatsapp und Instagram sollen genutzt werden, evtl. Facebook(Ältere) und Tiktok(Jugend)

Homepage: Bitte Link angeben, falls bereits vorhanden

noch nicht vorhanden. Voraussichtlich auf der Seite von Beeskow mit Verlinkungen bei den Partnern

Die breite Bevölkerung, Kinder und Jugendliche, Medien, Fachkräfte und Multiplikatoren

Durch regelmäßige Infos der PfD und der Kooperationspartner über ihre Arbeit und Aktionen soll sie möglichst bekannt werden. Der Wiedererkennungswert soll durch die Verwendung eines eigenen Logos, das noch erstellt werden muss, erreicht werden. Die Ziele Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention sollen damit verbunden werden. Dabei soll klar werden, dass die PfD als Akteur eines breiten Netzwerks handelt und die Zusammenarbeit Chancen und Möglichkeiten bietet.

Sonstiges:

Infostände und - veranstaltungen, Workshops und Weiterbildungen

Kinder, Jugendliche, Öffentlichkeit, Medien, Fachkräfte/Multiplikatoren

Durch die Förderung von Projekten und tatkräftige Unterstützung von AkteurInnen der PfD und aus dem Netzwerk werden wir auch innerhalb von Partnern breiter als Möglichmacher, Helfer und kompetente Ansprechpartner wahrgenommen. Gerade in größeren Organisationen wie Sportvereinen Schule, Hort (z.B. Projekttage). können so außer Multiplikatoren weitere Mitglieder angesprochen werden. Ländlicher Raum heißt man trifft sich immer wieder und positive Rückmeldungen verstärken sich, wenn man öfter so wahrgenommen wird (in Hort/Schule bei Sportveranstaltungen, bei der Jugendfeuerwehr usw.). Auch die Vermittlung von und der Hinweis auf Fachwissen und Expertisen sowie die Vermittlung von Kontakten für Workshops, Ansprechpartner und Beratungsmöglichkeiten dient der Wahrnehmung der PfD als kompetente Ansprechpartnerin in den Handlungszielen des Bundesprogramms. Auch Authentizität und Spaß dürfen

nicht zu kurz kommen, denn: Niemand mag Langweiler, und Demokratie macht Spaß!

Sonstiges:

Kinderprogramm bei Veranstaltungen

Kinder und Jugendliche und deren Bezugspersonen, breite Öffentlichkeit

Wie bereits beschrieben ist die Wahrnehmung im ländlichen Raum durch wiederholte Begegnungen geprägt. Die häufige Mitwirkung von AkteurInnen der PfD aus Bündnis Jugendforum oder KuF an Dorf- u, Sport-Kinder- und anderen Festen, bestenfalls in Kooperation mit kompetenten Netzwerkpartnern aus diesem Bereich (Vereine Sport, Kinder- und Jugendarbeit) bewirkt auf Dauer ein positives _Bild der PfD. Die Präsenz von Logos (der PfE, Förderlogo "Demokratie leben!" verstärkt diesen Effekt, verbunden mit dem positiven Image der Johanniter als Träger der KuF, Die Anerkennung von Eltern, Großeltern und anderen Bezugspersonen für das Bemühen, möglichst abwechslungsreiche und spannende Angebote für Kinder zu bieten, schafft eine entspannte Atmosphäre für Gespräche mit dieser Zielgruppe und der Erläuterung der Ziele und Aufgaben der PfD_ Solche positiven Eindrücke zu hinterlassen ist wichtig, denn gerade "auf dem Dorf" ist Mundpropaganda ein keinesfalls zu vernachlässigendes Medium.

Sonstiges:

Präsenz bei öffentlichen Anlässen

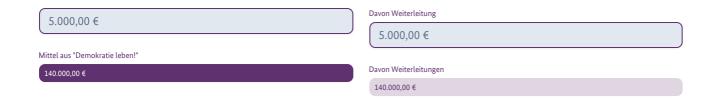
Fachkräfte, Multiplikatoren, Medien und dadurch breite Öffentlichkeit

Präsenz bei und Einladung von AkteurInnen der PfD zu öffentlichen Anlässen wie Empfängen, Festen, Benfizveranstaltungen Weiterbildungen, Gedenkveranstaltungen etc hilft bei der regionalen Vernetzung, stärkt die Sichtbarkeit bei entsprechenden Zielgruppen und lokalen Einflussgrößen und präsentiert die PfD und ihre Ziele. Das Ganze ist natürlich ein langwieriger und mühsamer Prozess, bei dem man nicht nachlassen darf, ist aber bei der Verankerung vor Ort sehr wichtig und schafft auch Kontakte, die bei Projekten und Aktionen hilfreich sein können. Auch im Bereich Schutz von Engagierten" spielt das eine Rolle, denn die Hemmung vor Angriffen auf öffentlich und regional anerkannte Institutionen und deren Mitgliedern ist im ländlichen Raum, wo man sich gegenseitig kennt und Anonymität oft nicht möglich ist, oft größer Öffentlichkeitsarbeit ist kein Selbstzweck, sondern dient selbstverständlich auch als Teil der Gesamtstrategie der PfD zur Erreichung der Projektziele.

Angaben zur Finanzierung

Zusammenfassung für den Bewilligungszeitraum

Personalausgabenpauschale	Davon Weiterleitungen
65.060,25 €	65.060,25 €
Sachausgabenpauschale	Davon Weiterleitungen
12.375,75 €	12.375,75 €
Maßnahmenpauschale	Davon Weiterleitungen
0,00 €	0,00 €
Mittel aus "Demokratie leben!" zur Deckung von Ausgaben auf Basis eines Finanzierungsplan	
0,00 €	Davon Weiterleitungen 0,00 €
Mittel aus "Demokratie leben!" zur Umsetzung von Einzelmaßnahmen	0,000
57.564,00 €	Davon Weiterleitung
Mittel aus "Demokratie leben!" zur Umsetzung von Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzungen	57.564,00 €



DIREKTAUSGABEN

Einzelmaßnahmen

Erfolgt die Umsetzung von Einzelmaßnahmen in Rahmen einer Direktausgabe?



Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

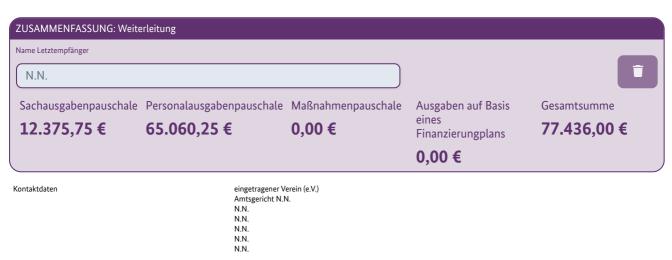
Erfolgt die Umsetzung von Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzungsmaßnahmen in Rahmen einer Direktausgabe?



WEITERLEITUNG

Koordinierungs- und Fachstelle

ausblenden



Beabsichtigen Sie die Weiterleitung von Personal- und Sachausgaben?



PERSONAL- UND SACHAUSGABENPAUSCHALE						
	Anzahl der Personalstellen 1	Einstufung E5-E9 0,00 €	Einstufung E9-E12 65.060,25 €	Einstufung E13- E15 0,00 €	Sachausgabenpauschale 12.375,75 €	Summe 77.436,00 €

Einstufung E5-E9

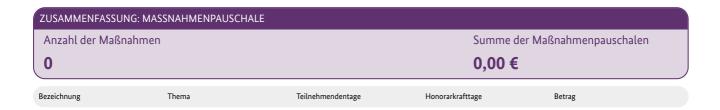


Einstufung E9-E12

Name	Stellenbezeichnung	Tätigkeitsumfang	ı	Mindestqualifikation	Sachausgaben	Personalausgaben	
▼ N.N. N.N.	KoordinatorIn "Partnerschaft i Demokratie"	^{;ür} 75% / 12 Monate	J	la	12.375,75 €	65.060,25 €	
Startdatum				Enddatum			
01.01.2025		Ö		31.12.2025			
Beschreibung der Tätigkeit				Begründung für nicht Erfüllu	ng der Mindestqualifikation		
	esamtkoordination der mit FF Amt und Ämter						

Einstufung E13-E15

Name Stellenbezeichnung Tätigkeitsumfang Mindestqualifikation Sachausgaben Personalausgaben





Beabsichtigen Sie die Weiterleitung von Maßnahmenpauschalen?



Beabsichtigen Sie die Weiterleitung von Ausgaben auf Basis eines Finanzierungsplans?



PERSONAL- UND SACHAUSGABENPAUSCHALE					
Anzahl der	Einstufung E5-E9	Einstufung E9-E12	U	Sachausgabenpauschale	Summe
Personalstellen 1	0,00 €	65.060,25 €	0,00 €	12.375,75 €	77.436,00 €
(-			0,00 €		

Einstufung E5-E9

Name	Stellenbezeichnung	Tätigkeitsumfang	Mindestqualifikation	Sachausgaben	Personalausgaben
------	--------------------	------------------	----------------------	--------------	------------------

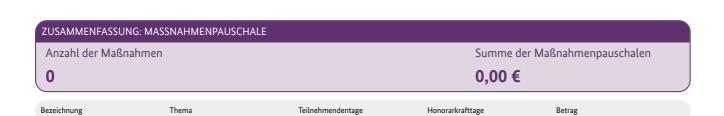
Einstufung E9-E12



Einstufung E13-E15

Stellenbezeichnung

Name



Mindestqualifikation

Sachausgaben

Personalausgaben

Tätigkeitsumfang



Einzelmaßnahmen

Erfolgt die Umsetzung von Einzelmaßnahmen in Rahmen einer Weiterleitung?



Bitte geben Sie nachfolgend an, wie hoch die Summe an Bundesmitteln ist, die Sie für die Umsetzung von Einzelmaßnahmen beantragen. Berücksichtigen Sie hier auch die Maßnahmen aus dem Jugendfonds

Bitte beachten Sie: Auf einen Untersetzung der Summe Ihrerseits wird im Rahmen des Antrags verzichtet, da die Auswahl der im Bewilligungszeitraum durchzuführenden Maßnahmen üblicherweise erst nach der Antragsstellung bekannt sind. Hierfür wird eine verpflichtende unterjährige Erfassung einzelner Maßnahmen erfolgen. Beachten Sie bitte bereits an dieser Stelle, dass die Mittelbereitstellung im Rahmen des Bundesprogramms grundsätzlich unter Anwendung der in der Anlage zur Richtlinie festgesetzten Ausgabenpauschalen erfolgt. Nur Ausgaben, welche sich diesen Pauschalen (Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Aufwendungen für Reiseskosten) nicht zuordnen lassen, können auf Basis eines Kosten- und Finanzierungsplans abgerechnet werden.

"Demokratie leben!" Mittel im Rahmen einer Weiterleitung

57.564.00 €

Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzungsmaßnahmen

Erfolgt die Umsetzung von Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzungsmaßnahmen in Rahmen einer Weiterleitung?



Bitte geben Sie nachfolgend an, wie hoch die Summe an Bundesmitteln ist, die Sie für Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzungsmaßnahmen beantragen. Berücksichtigen Sie hier auch Ausgaben, die Sie bisher nicht zuordnen

Bitte beachten Sie: Auf einen Untersetzung der Summe Ihrerseits wird im Rahmen des Antrags verzichtet, da die Auswahl der im Bewilligungszeitraum durchzuführenden Maßnahmen üblicherweise erst nach der Antragsstellung bekannt sind. Hierfür wird eine verpflichtende unterjährige Erfassung einzelner Maßnahmen erfolgen. Beachten Sie bitte bereits an dieser Stelle, dass die Mittelbereitstellung im Rahmen des Bundesprogramms grundsätzlich unter Anwendung der in der Anlage zur Richtlinie festgesetzten Ausgabenpauschalen erfolgt. Nur Ausgaben, welche sich diesen Pauschalen (Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Aufwendungen für Reisekosten) nicht zuordnen lassen, können auf Basis eines Kosten- und Finanzierungsplans abgerechnet werden. Näheres entnehmen Sie bitte der Richtlinie.

"Demokratie leben!" Mittel im Rahmen einer Weiterleitung

5.000,00 €

Einnahmen Öffentliche Mittel Für das beantragte Projekt wurden/werden weitere Mittel in 15.556,00 € Höhe von € beantragt: Umfassen diese Mittel öffentliche Mittel? la ZUSAMMENFASSUNG: EINNAHMEN Anzahl der mittelgebenden Mittel "Demokratie leben!" Weitere Einnahmen Davon Einnahmen aus Stellen aus öffentlicher Hand öffentlicher Hand 140.000,00 € 15.556,00€ 15.556,00€ 1. Mittelgebende Stelle ausblenden Mittelgebende Stelle Art der öffentlichen Mittel Summe Stadt Beeskow 6.549.00 € öffentliche Mittel Kommune Vorname Ansprechperson Nachname Ansprechperson Robert Czaplinski Telefonnummer E-Mail-Adresse robert.czaplinski@beeskow.de 03366 42210 2. Mittelgebende Stelle ausblenden Mittelgebende Stelle Art der öffentlichen Mittel Summe Stadt Friedland 2.473,00 € öffentliche Mittel Kommune Vorname Ansprechperson Nachname Ansprechperson Maik Koschack

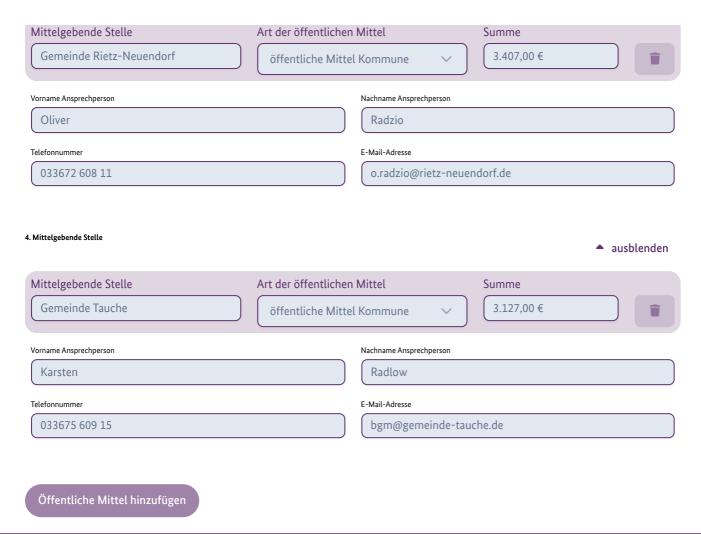
E-Mail-Adresse

bgm@friedland-nl.de

3. Mittelgebende Stelle

Telefonnummer

033676 609 12



Zusammenstellung des Bedarfs

Bedarf Im Bewilligungszeitraum

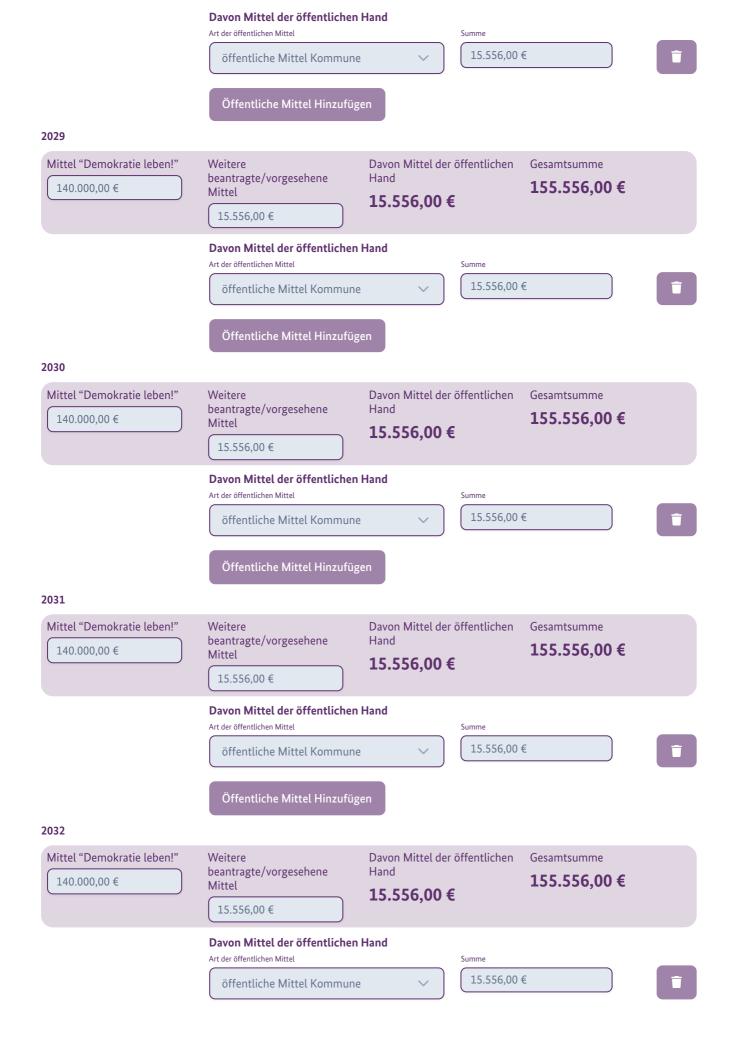
Zusammenstellung Bedarf Bundesmittel und Einnahmen bezogen auf die Gesamtprojektlaufzeit

Art der Mittel	Mittelgeber	Gesamt
"Demokratie leben!"	-	140.000,00 €
Weitere beantragte Mittel	-	15.556,00 €
Davon Mittel der öffentlichen Hand	öffentliche Mittel Kommune	6.549,00 €
Davon Mittel der öffentlichen Hand	öffentliche Mittel Kommune	2.473,00 €
Davon Mittel der öffentlichen Hand	öffentliche Mittel Kommune	3.407,00 €
Davon Mittel der öffentlichen Hand	öffentliche Mittel Kommune	3.127,00 €

Bedarf für die Gesamtlaufzeit

Zusammenstellung Bedarf Bundesmittel und Einnahmen bezogen auf die Gesamtprojektlaufzeit

ZUSAMMENFASSUNG: Bedarf Bundesmittel und Einnahmen bezogen auf die Gesamtprojektlaufzeit Mittel "Demokratie leben!" Weitere Davon Mittel der öffentlichen Gesamtsumme beantragte/vorgesehene Mittel Hand 1.120.000,00 € 1.244.448,00 € 124.448,00 € 124.448,00 € 2025 Mittel "Demokratie leben!" Weitere Davon Mittel der öffentlichen Gesamtsumme beantragte/vorgesehene 140.000,00 € 155.556,00 € 15.556,00€ 15.556,00€ Davon Mittel der öffentlichen Hand Art der öffentlichen Mittel Summe 6.549,00 € öffentliche Mittel Kommune Art der öffentlichen Mittel Summe 2.473,00 € öffentliche Mittel Kommune Art der öffentlichen Mittel Summe 3.407,00 € öffentliche Mittel Kommune Art der öffentlichen Mittel 3.127,00 € öffentliche Mittel Kommune 2026 Mittel "Demokratie leben!" Davon Mittel der öffentlichen Gesamtsumme Weitere beantragte/vorgesehene 140.000,00 € 155.556,00 € Mittel 15.556,00€ 15.556,00 € Davon Mittel der öffentlichen Hand Art der öffentlichen Mittel Summe 15.556,00 € öffentliche Mittel Kommune Öffentliche Mittel Hinzufügen 2027 Mittel "Demokratie leben!" Davon Mittel der öffentlichen Gesamtsumme Weitere beantragte/vorgesehene Hand 140.000,00 € 155.556,00 € Mittel 15.556,00 € 15.556,00 € Davon Mittel der öffentlichen Hand Art der öffentlichen Mittel 15.556,00 € öffentliche Mittel Kommune Öffentliche Mittel Hinzufügen 2028 Davon Mittel der öffentlichen Mittel "Demokratie leben!" Weitere Gesamtsumme beantragte/vorgesehene Hand 140.000,00 € 155.556,00 € Mittel 15.556,00 € 15.556,00 €



Öffentliche Mittel Hinzufügen